

Vision 2021



JANUAR



CO₂-Abgabe deutlich erhöht

Die CO₂-Abgabe wird in Deutschland eingeführt. Da die Höhe in den bisherigen Planungen viel zu niedrig angesetzt wurde, beschließt der Bundestag, den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu folgen und den Einstiegspreis auf € 80 je Tonne CO₂ hochzusetzen. In 2025 soll er € 180 je Tonne betragen. Die CO₂-Abgabe wird als Umlage gestaltet, so dass Wenig-Emittent*innen am Ende des Jahres noch Geld zurückbekommen.

FEBRUAR



Kohleausstieg vorgezogen

Die finale NRW-Leitentscheidung zum Braunkohleabbau wird bekannt gegeben. Aufgrund zahlreicher Stellungnahmen wird sie deutlich verändert. Fazit: Die Dörfer am Tagebau Garzweiler II bleiben, die Kohle unter ihnen wird nicht mehr benötigt. Das rheinische Revier wird 2023 aus der Kohleförderung aussteigen. In der Folge wird das Kohleausstiegsgesetz überarbeitet und das Ende der Kohleverstromung in Deutschland auf 2025 vorgezogen.

MÄRZ



Täglich „Klima vor 8“

Die ARD (Das Erste) beschließt, eine tägliche Informationssendung zur Klimakrise einzuführen. In ihr soll über die Ursachen der Erderhitzung aufgeklärt, sollen sozialverträgliche Maßnahmen zur deren Bekämpfung vorgestellt und politische Entscheidungen zur Abwendung von Folgen der Klimaveränderungen erläutert werden. Die tägliche Sendung vor der abendlichen Tagesschau heißt „Klima vor 8“.

APRIL



Bürgerenergiegewende erfolgreich

Die Änderungen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) treten in Kraft. Entgegen den Entwürfen von Ende 2020 beinhaltet es nun eine ausreichende Anschlussförderung von Ökostrom-Anlagen, die älter als 20 Jahre sind, und fördert massiv den Ausbau von Wind- und Solarenergie. Pro Jahr werden Anlagen mit einer Leistung von 35-40 GW zugebaut und speziell Bürgerenergieparks gefördert, um die bereits sehr hohe Akzeptanz weiter zu steigern.

MAI



Autobahnbau gestoppt

Die Ausführung des Neubaus von 850 km neuer Bundesautobahnen, wie ursprünglich im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, wird mit sofortiger Wirkung gestoppt. In Folge der gesellschaftlichen Diskussionen und Proteste nach der Rodung des Dannenröder Waldes für die A49 werden sämtliche Planungen, die zum Teil mehrere Jahrzehnte alt sind, neu bewertet. Entscheidungen bzgl. des Ausbaus des deutschen Straßennetzes sollen erst nach der Bundestagswahl gefällt werden.

JUNI



Klima-Bürger*innenrat nimmt Arbeit auf

Der erste Klima-Bürger*innenrat ist zusammengekommen. 150 per Los ausgewählte Mitbürger*innen diskutieren, wie in Deutschland die Klimakatastrophe verhindert werden kann. Erste Empfehlungen zeichnen sich ab, darunter die Streichung der Subventionen für die fossile Industrie und Verwendung der freigewordenen Mittel zur klimaneutralen Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Dadurch werden die kommenden Generationen entlastet.

JULI



EU-Agrarwende beschlossen

Angesichts des vierten Dürresommers in Folge beschließt die EU, die Inhalte der im Oktober 2020 vereinbarten EU-Agrarreform zu überarbeiten. So wird unter anderem die pauschale Verteilung von Geldern nach Größe der bewirtschafteten Fläche beendet. Stattdessen wird der als „Green Agriculture“ bezeichnete Plan umgesetzt, mit dem in den kommenden 15 Jahren europaweit die Landwirtschaft klimaneutral wird.

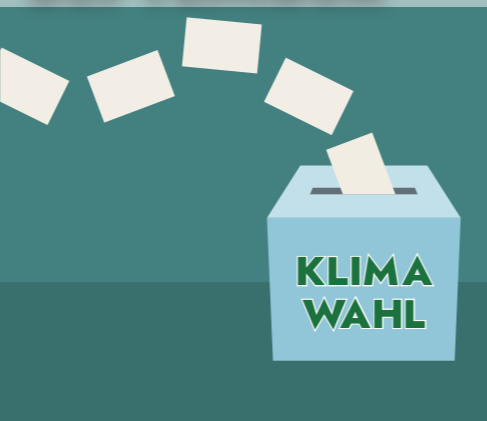
AUGUST



Wärmewende wird wahr

Millionen Menschen beteiligen sich Anfang August am Globalen Klimastreik und fordern unter anderem eine Sanierungs Offensive für den Gebäudebestand. Bereits Ende des Monats beschließen Regierung und Parlament den Start eines umfangreichen Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramms im Handwerk, mit dem eine Sanierungsrate von 4% pro Jahr möglich wird. Neue, zukunftsfähige Berufsbilder wie „Fassadengärtner*in“ entstehen.

SEPTEMBER



Bundestagswahl ist Klimawahl

Parteien, die sich in ihren Wahlprogrammen dem 1,5 Grad-Limit verpflichtet haben, erringen zusammen über die Hälfte der Sitze im Bundestag. In ihrem Koalitionsvertrag halten sie verbindlich fest, dass Deutschland das 1,5 Grad-Limit erreichen muss. Es wird ein neues Ministerium „Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ geschaffen, dem ein Vetorecht bei klimaschädlichen Gesetzesvorhaben oder Großprojekten eingeräumt wird, um Klimaverträglichkeit zu garantieren.

OKTOBER



Verkehrswende kommt in Fahrt

Einer der ersten Beschlüsse der neuen Bundesregierung ist die Beendigung des Verkaufs von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotoren ab 2025 sowie größenunabhängige CO₂-Höchstgrenzen für PKW, auch im Bestand. Die Subventionierungen von Hybrid-Fahrzeugen, Diesel-LKW und des Luftverkehrs werden gestrichen. Zusätzlich sollen die Investitionen des Bundes in den ÖPNV ab sofort auf € 24 Mrd. pro Jahr und die in die Schieneninfrastruktur auf € 15 Mrd. pro Jahr angehoben werden.

NOVEMBER



Weltklimakonferenz beschließt Sanktionen

Die 26. UN-Klimakonferenz wird zum Durchbruch. Die Staaten einigen sich auf verbindliche Reduktionspfade für Treibhausgase und einen empfindlichen Sanktionsmechanismus, sollten Länder den Paris-konformen Minderungspfad nicht einhalten. Ein internationaler Klimagerichtshof wird geschaffen. Die Konferenz findet als digitale Versammlung statt, da Langstreckenflüge nach Beschlüssen der UN auf ein unverzichtbares Minimum zu reduzieren sind.

DEZEMBER



Industriestaaten bekennen sich zur Klimagerechtigkeit

Entgegen der Vermutung vieler hat John Kerry, der Sondergesandte für das Klima der neuen US-Administration, schon nach weniger als einem Jahr einen wichtigen Erfolg erzielt: Die USA verkünden gemeinsam mit 37 weiteren Industriestaaten, zu ihrer historischen Klimaschuld zu stehen und ab sofort jährlich verbindlich 5% des BIP für Klimaschutz und zur Bewältigung der Folgen der Erderhitzung in armen Ländern bereitzustellen.